

fügungen der Minister umgingen). Herr Sabinus Buxton habe schon einen Antrag eingebracht, der Unterfuchung eine weitere Ausdehnung zu geben, er (Hambury) könne natürlich noch nicht sagen, welche Maßregeln die Regierung ergreifen werde, aber er selbst werde ganz sicher sein Bestes thun, den Rahmen der Unterfuchung so weit als möglich zu spannen, so daß die Resolution von 1891 von Grund aus neu erörtert werden könne. Es werde erklärt, daß die Lieferanten Dinge versprochen und nicht eingehalten hätten. Er müsse darauf erwidern, daß der Standpunkt, den er einnehme, der sei, daß die Resolution von 1891 streng durchgeführt werden müsse, und er gedenke, alles zu thun, was in seinen Kräften stehe, um ihre Durchführung sicherzustellen. (Bravo.) Dazu bitte er um die herzlichste Mithilfe seitens der Gewerkschaftsorganisationen, und er verpönde ihnen, daß jede Beschwerde sorgfältige Berücksichtigung seinerseits finden werde. Die Redner hätten auf Unterbedingungen und Weitervergebung von Lieferungsverträgen hingewiesen. Was die Ansicht des Hauses der Gemeinen darüber sei, unterstehe keinem Zweifel. Er (der Staatssekretär) habe die Frage sehr aufmerksam verfolgt und sei überzeugt, daß fast alle Schwärzerei-Verbrechen in diesen zwei Faktoren wurzeln und er sei bereit, mit jedem zusammenzuwirken, um es zu erreichen, daß der Teil der Resolution des Hauses der Gemeinen, der seines Erachtens auf die Unterbedingungen und Nebenverträge abziele, zur vollen Durchführung gebracht werde. (Bravo.) Er hoffe, der Kommission des Hauses der Gemeinen werde es gelingen, festzustellen, was ein „rechtliches Geschäftshaus“ („fair house“) bilde, denn der Ausdruck sei zur Zeit ein sehr unbestimmter. Der Delegierte Rogers habe auf den Fall einer Firma hingewiesen, die in fünf Betriebsabteilungen anständige Löhne zahle, in der sechsten aber nicht und habe ihn gebeten, einem solchen Hause keine Aufträge mehr zu geben. Er, der Staatssekretär, pflege nicht auf den Wunsch zu schließen und er lege der Deputation die Frage ans Herz, ob es nicht vorkommen könne, daß in einem solchen Falle der die sechste Abteilung bildende Berufsweig unorganisiert sei und deshalb zu keiner Einigung darüber kommen könne, was rechtliche Löhne und rechtliche Arbeitszeit sei. Er wünsche, daß alle Berufe besser organisiert sind, denn nur in den Berufen, die stark organisiert sind, könnte diesen Schwierigkeiten begegnet werden. (Bravo.) Alles in allem könne er zur Zeit nicht weiter gehen wie der genaue Wortlaut der Resolution des Hauses der Gemeinen bestimmen. Er hoffe, sie ergänz und genau präzisiert zu sehen, und die Deputation könne sich darauf verlassen, daß soweit er es vermöge, die Zahlung anständiger Löhne gefördert, Zusicherungen auf strengste unterdrückt und die Resolution des Hauses der Gemeinen genau durchgeführt werden würde.“

Korrespondenzen.

Dortmund, 17. November. Unsere hier abgehaltene Bezirksversammlung war von zwei Dritteln der im Bezirk beschickten Mitglieder besucht. Der Bezirk Dortmund zählt augenblicklich neun Drucker, in denen Mitglieder konditionieren. Anwesend waren Kollegen aus Hamm (5), Hörde (9), Annen (1), Unna (2), Castrop (2); vom Ortsverein Dortmund waren 35 Mitglieder erschienen. Zwei Mitglieder aus Hagen wollten als Gäste in unserer Mitte. Soest, Camen, Langendreer waren leider nicht vertreten. Der Bezirk zählte zu Ende des dritten Quartals 97 Mitglieder. Die Bezirkskasse schloß am Ende des dritten Quartals mit einem Bestande von 754,66 Mk. — Eine von seiten des Kollegen Rehe aus Anlaß seines fünfundszwanzigjährigen Verbandsjubelums gespendete Summe wurde im Sinne des Jubilars zu gleichen Teilen den Ortsvereinen Dortmund und Hamm zur Unterfuchung bedürftiger Kollegen überwiesen. — In die Beratung des geplanten Bezirksreglements konnte leider nicht eingetreten werden, weil von der früher gewählten Kommission verläumt worden war, das Material zur Stelle zu schaffen. — Aus den Berichten der Orts- resp. Drucker-Vertrauensmänner war zu ersehen, daß auch im vergangenen Quartale die Bezirksmitglieder sich alle Mühe gegeben haben, die errungenen Positionen festzuhalten und, wo es not that, beständig einzugreifen.

W. Aus Rheinland-Westfalen. Durch Beschluß des diesjährigen Gantages wurde vom 1. Oktober ab eine Konditionslose-Zusatzkaffe ins Leben gerufen, die bei einer Steuererhöhung von 5 Pf. einen wöchentlichen Zuschuß von 3,50 Mk. zu leisten hat. In den ersten Tagen des Oktobers verbande nun der Gauvorstand an die Bezirks- und Ortsvorstände ein Zirkular, worin es u. a. hieß: „Bei dem Zutritt des Zuschusses kommen von den Mitgliedern nur diejenigen in Betracht, die mindestens einen Wochenbeitrag von 15 Pf. (bisher nur 10 Pf.) zur Kasse geleistet haben.“ Wie der Gauvorstand einen solchen Beschluß fassen konnte — entgegen dem Beschluß des Gantages, in welchem von keiner Karenzzeit die Rede ist —, das wird wohl manchem Kollegen ganz unverständlich sein. Daß die Kasse den sofortigen Eintritt des Zuschusses nicht auszuhalten vermöchte, ist nicht anzunehmen, denn nach Mitteilung von verschiedenen Gantagesdelegierten ist dieselbe so veranlagt, daß sie die Einführung des Gauzuschusses bei 5 Pf. Steuererhöhung wohl leisten kann, da sie durch den Wegfall der Konditionslosen Beiträge, die der Gau früher bezahlte, die jetzt aber durch Generalversammlungsbeschluß der Allgemeinen Kasse auferlegt sind, wesentlich entlastet wird. Der Beschluß des Gauvorstandes hat zu Wege

gebracht, daß wir jetzt in Rheinland-Westfalen zwei Klassen Mitglieder haben. Die eine mit 7 Mk. und die andere mit 10,50 Mk. wöchentlich der Arbeitslosenunterfuchung, wobei es möglich ist, und auch wohl vorgekommen sein wird, daß Mitglieder, welche acht bis zehn Jahre gealtert haben und vor dem 1. Oktober konditionslos wurden, 7 Mk. Unterfuchung erhalten, während andere, die eben bezugsberechtigt wurden und das „Glück“ hatten, nach dem 1. Oktober außer Kondition zu kommen, 10,50 Mk. erhalten. Diese Verhältnisse involvieren mindestens eine Ungerechtigkeit, und sie haben unter den Kollegen große Unzufriedenheit erregt. Unser an den Gauvorstand gerichteter Protest (S. Nr. 124) wurde für unbegründet erklärt. Es hieß in dem Schreiben des Gauvorstandes u. a., daß sämtliche Bezirke, mit Ausnahme des Ortsvereins Eberfeld, die Karenzzeit stillschweigend gut geheißen hätten, dieselben hätten keinen Widerspruch zwischen dem Beschluß des Gauvorstandes und dem des Gantages gefunden. Wäre letzteres der Fall, so würden mehrfach Proteste eingelaufen sein. Nachdem nunmehr die Bezirke Hagen, Hagen und der Ortsverein Solingen sich dem Protest angeschlossen haben, wird der Gauvorstand wohl nicht umhin können, seinen damals gefaßten Beschluß abzuändern und den berechtigten Wünschen der Mitglieder dadurch entgegenzukommen, daß er den vor dem 1. Oktober konditionslos gewordenen Kollegen den Gauzuschuß nachzahlt. Sollte der Gauvorstand auf seinem Standpunkte beharren, so wären wir gezwungen, durch eine Urabstimmung die Sache entscheiden zu lassen. — Der Vorstand des Ortsvereins Eberfeld. (Im Corr. ist nun der Widerspruch gegen den Gauvorstandsbeschluß mehrmals zum Ausdruck gekommen; wir bitten nun die Mitglieder in Rheinland-Westfalen, etwaige weitere Schritte durch Korrespondenz unter einander zu erledigen. Red.)

Aus Frankreich. In den Kreisen des französischen graphischen Gewerbes ist neuerdings wieder der Gedanke des verstorbenen Pariser Buchhändlers Ludwig Techerer aus den fünfziger Jahren, ein händiges Museum für die graphischen Künste zu gründen, aufgelebt, und nun, nachdem die französische Hochpresse und die politische Tagespresse und damit die öffentliche Meinung für diesen Plan gewonnen ist, dürfte die Verwirklichung dieses Gedankens nahe bevorstehen. Eine Vereinerung von den vielen das Buchgewerbe umfassenden Berufsvereinen, von der Papiermacherei bis zur Schriftstellerei, hofft vom Pariser Stadtrate geeignete Räumlichkeiten mietsfrei zu erhalten; verwirklicht sich diese Hoffnung, dann steht der Einrichtung, Unterhaltung und Vervollständigung des Musée du Livre nichts mehr im Wege: Beitragspenden in Sachen und Münze sind reichlich angemeldet. — Frankreich mit seinen rund 4000 Buchdruckerbetrieben produzierte im vergangenen Jahr etwa 6000 Zeitungen und ungefähr 12000 Werke, es entfielen durchschnittlich auf zwei Druckerbetriebe drei Zeitschriften und sechs Werke, die zusammen mit behördlichen Verwaltungs- und sonstigen Nebenarbeiten nicht zur gesunden Lebensfähigkeit aller Druckerbetriebe genügen. Der Erhaltungstrieb fördert deshalb unter den Druckerbetriebern selbst eine ähne, sich gegenseitig aufreißende Konkurrenz, die auf Kosten der Arbeiterlöhne ihre Existenzbedingung sucht und — leider — findet. Dieser wirtschaftliche Kampf ums Dasein wird noch verschärft — abgesehen von der Staatsdruckeret in Paris, gegen die die Privatdruckeret eifern, und von den ungelieblichen sogenannten Labendruckeret, den stiegenden Jahrmärtsdruckeret, sonstigen Einrichtungen in Großfabriken, Bazaren usw. — durch die vielen, unter dem Deckmantel religiöser oder menschenfreundlicher Denkart errichteten Druckerstätten in Klöstern, Waisenhäusern, Gefängnissen u. a. Eine Einschränkung der Druckaufträge hat ferner der ungarbeitete Posttarif bewirkt. Jetzt dürfen nicht mehr Geschäftsempfehlungen in Form von Kalendern, Preisverzeichnissen, Prospekten usw. in periodischen Zeitschriften eingefügt überallhin versendet werden, denn sie gehören nicht zum unmittelbaren Zusammenhang oder als Ergänzung zur betreffenden Zeitschrift; sie unterliegen als Drucke selbständiger Portofolio, insofern ermäßigen sich diese um die Hälfte vom Aufgabeb. d. h. Druckort innerhalb des eignen Departements — eine Neuerung, die manchem Pariser Verleger zu Herzen geht, weil ihm dadurch die in entfernten Provinzialstädten ausgeführten Druckwerke verteuert werden. Die Verfürgung der Postbehörde zu Gunsten des Staatsfiskus entzieht dem eignen Reiche wiederum manche Drucke. Angebote ausländischer Druckeret regnen von allen Seiten, was thatsächlich schon große Magazine in Paris sich zu nütze machen. Buchdrucker in Holland und Belgien übernehmen die sprachlichen Uebersetzungen ihrer Preislisten und obendrein noch deren Verfertigung in alle Länder, ein Verfahren, das schädlicher auf das französische Druckgewerbe einwirkt, als die seit Jahr und Tag verschärfte Konkurrenz der Regensburger Druckfirma Buxton mit ihren Vortrugsbüchern. — Zur Umgehung der seit Anfang 1894 in der Schweiz erhobenen Stempelsteuer auf ausländische Zeitungen (2 Gts. pro Nr.) schickte das Pariser Petit Journal täglich den druckfertig niederten Satz nach Gené und läßt von da aus den Vertrieb an ihre 15000 Abonnenten in der Schweiz besorgen. — Eine anscheinend unverfürgbare Quelle von Unannehmlichkeiten für den Druckerethaber bietet auch die sogenannte Affichsteuer. Jeder Buchdrucker hat wohl das Recht, Plakate oder Geschäftsanzeigen auf ungestempeltem Papiere zu drucken, wird aber auf Grund des Affichsteuergesetzes zur Verantwortung gezogen, wenn sein Erzeugnis von

irgend jemand stempellos an öffentlichen Orten bloßgestellt wird. Der Ertrag dieser Stempelsteuer ist nun von 1893 auf 1894 bedeutend zurückgegangen, weshalb eine strengere Aufsicht angeordnet wurde. Die niederen Ausführungsbeamten, die Gensdarmen und Polizisten, angezogen durch eine ausgefeilte Belohnung, wetterten in Anhebung wunderlicher Steuerhinterziehungen. Ein Wein- oder Likörfabrikant-Erket im Schaufenster, den Vorübergehenden sichtbar, die im Innern einer Schankwirtschaft an den Tügel gesteckte Geschäftskarte, eine solche aufgeklebt auf den Esenbahnstationenrestaurant niedergelegten Koffer eines Reisenden, eine Warnungstafel, „nicht an der stumpfen Stelle dieses Sees zu baden“, stempellos, gaben dem durchdringenden Auge des Aufsichtsbeamten Veranlassung zur Anzeige, die gewöhnlich zur gerichtlichen Auseinandersetzung und zur Verdonnerung führte. In zweiter Gerichtsinstanz wurde sogar entschieden, daß die von einem Präfekten zur Wohlfahrt des Departements, einer Gemeinde oder eines unter seiner Obhut stehenden öffentlichen Institutes aufgegebenen Plakate nicht auf weißes Papier (ein Vorrecht der Staatsbehörde) gedruckt werden dürfen und auch stempelsteuerpflichtig sind.

Buchdruckerei.

Buchdruckerei und Verbandswesen.

In den Fortsetzungen von Webbs Geschichte der Trade Unions sind wieder öfter die Buchdrucker anzudeutend erwähnt. Wie sie die Epoche der Verfolgungen ausstanden, hingegen weniger wohl in der revolutionären Zeit der Chartistenbewegung mitwirkten, bahnen sie indes wieder nach dem Fehlschlagen des Herriederfestens auf die Straße die Periode des geistigen Kampfes an, welchem alle Arbeiter sich bald zuwandten. Es sind die vierziger Jahre dieses Säkulums. „Wir leben in den Gewerbetrieben der besser bezahlten Handwerker ein eifriges Bestreben aufkommen, die ihrer industriellen und sozialen Lage zu Grunde liegenden Tatsachen zu verstehen. Dieser neue Sinn für exaktes Wissen kann bis zu einem gewissen Grade dem wachsenden Anteil zugeschrieben werden, den die Buch- usw. Druckgewerbe jetzt an der Trade Unionsbewegung zu nehmen beginnen. Wer die Berichte der größeren Schriftgewerbetriebe von Anfang des Jahrhunderts an studiert, wird nicht nur von den gemäßigten Ausdrücken, sondern auch von der sorgfältig ausgearbeiteten parlamentarischen Form — man könnte fast sagen, der Würde ihrer Verhandlungen überrascht sein. Statt sich in rhetorischen Schwärmungen gegen alle Unternehmer als „die unproduktive Klasse“ zu ergehen und sich jedweder Unterfuchung der Einzelheiten der Streitfragen zu entschlagen, sehen wir die Seher nur mit konkreten Fällen von Beschwerden sich befassen und jede wichtige Frage einem „Speziellen Komitee“ zur Unterfuchung und Berichtserstattung überweisen.“ In dieser Art des Vorgehens, welche ja noch heutigen Tages auch bei den deutschen Buchdruckern gebräuchlich ist, entwickelte sich das geistige Leben unter den englischen Gewerkschaftlern aller Branchen: „Verschaft euch Wissen statt Alkohol — es ist süßer und sein Genuß dauernder“ wurde das Stichwort. Die Folge war: „Mit der wachsenden Einsicht in die industriellen Verhältnisse machte sich eine Reaktion geltend gegen die rücksichtslose Angriffspolitik, die die oventische Strohfeuerbewegung ausgezeichnet hatte. Auch hier sehen wir die Buchdruckgewerbe die Führung übernehmen. Schon im Jahr 1835, als die Londoner Seher ihren Verein reorganisierten, schufte das Komitee von seinem Thema ab und griff die großen Allgemeinen Unionen an: „Wagt die Londoner Seher den Arbeitern Englands ein hoffnungsvolleres und besseres Beispiel bieten, und indem wir die Lust zur Verschlagenheit und brutalen Gewalt von uns weisen, laßt uns, wenn wir mit den Segnern streiten, nur die unverfürglichen Waffen der Wahrheit und Vernunft gebrauchen.“ Leider verlag das edle Benehmen auf die Segner zumest den nachahmlichen Einfluß.

Die in letzter Nummer des Corr. enthaltene Mitteilung über die Einstellung des Betriebes des Berliner Intelligenzblattes beruht, wie wir mit Vergnügen melden können, auf einer irrtümlichen Information. Das Intelligenzblatt will vielmehr in verjüngter Form seinen Posten behaupten. Es läßt von Neujahr ab den textlichen Teil fallen und erscheint wie bis 1885 als bloßes Inseratenblatt weiter.

Unfälle der Deutschen Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft (Fortsetzung). Der Faktor M. in Darmstadt zog sich durch einen Stoß einen Defekt des linken Seitenwambaines des Kopfes zu. Volle Rente: 944 Mk. — Die Arbeiterin K. in Dresden erlitt durch einen Fall eine Angelenkerhauung mit folgender Behinderung am Stehen und Gehen. Volle Rente: 240 Mk., welche sie für 80 Tage mit 48 Mk. und außerdem 70 Mk. für Kosten des Heilverfahrens ausgezahlt erhielt.

Der Schriftfeger Birkelbach in Schwelm ist überfallen und erlöchen worden.

Die Württembergische Bibelanstalt ließ im vorigen Jahre 30000 Großformat-, 20000 Mittelformat- und 13000 Taschenbibeln sowie 64000 Neue Testamente und 41000 Bibeltelle verschiedenen Formates drucken. Seit ihrem Bestehen (1812) hat die Anstalt 1143007 ganze Bibeln, 1091081 Neue Testamente, 136485 Bibeltelle, 12848 Blindenschriften, zusammen 2383421 religiöse Schriften verbreitet.

Die Zahl der Verlagsfirmen in Leipzig ist auf 2426 (von 2353 in 1893) gestiegen. Außerdem gibt es 115 Kommissionäre und 7572 Kommitenten.

